

Deutschland.

□ **Berlin**, 21. Januar. Von Frankfurt aus ist schon gemeldet worden, daß die aus Kurhessen, Nassau, Frankfurt, Weiphar und den abgetretenen hessischen und darmstädtischen Distrikten gebildete Provinz Hessen in drei Regierungsbezirke eingetheilt worden sei und daß die Regierungen in Kassel, Wiesbaden und Hanau nach Anderen in Fulda statt Hanau ihren Sitz haben werden. Diese Nachricht ist indes nicht nur verfrüht, da die Regierung definitive Entscheidung darüber noch nicht getroffen hat, sondern die Einteilung in drei Regierungsbezirke ist auch nicht wahrscheinlich. Die Regierung soll vielmehr überwiegende Gründe für die Einteilung der Provinz in zwei Regierungsbezirke gefunden haben. — Mehrere Blätter, namentlich die hiesige „Montags-Zeitung“ lassen es sich sehr angelegen sein, die Nachricht von einem Besuche Sr. Majestät des Königs in Paris zur bevorstehenden Industrie-Ausstellung als beschlossene Sache zu verbreiten. Als Beweis beruft man sich auch auf den Umstand, daß im pr. Gesandtschafts-Hotel in Paris bereits Vorbereitungen zur Aufnahme hoher Gäste für die Zeit der Industrie-Ausstellung getroffen wurden. Letzteres ist allerdings wahrscheinlich, da kaum zu bezweifeln ist, daß die Ausstellung hohe Gäste auch wohl aus dem pr. Königshause nach Paris führen wird. Wer aber mit den Verhältnissen des Hofes nur einigermaßen bekannt ist, weiß, daß regierende Häupter ihre Reisen überhaupt nicht auf so lange Zeit voraus bestimmen können, und Sr. Majestät der König wird begreiflicher Weise unter den gegenwärtigen Verhältnissen am wenigsten sich zur Beschäftigung mit Sommerreisen beibringen lassen. Dazu paßt die Mühe eines Montags-Redakteurs besser. — Die „Magdeb. Ztg.“ bespricht heute in sehr eingehender und treffender Weise ein Schreiben des Abg. v. Unruh über dessen Stellung zu den Parlamentenfragen. Das Programm des Herrn v. Unruh enthält dieselben Mängel und Vorklärungen wie viele andere Programme von Männern der vermittelnden Richtung, die, anstatt die Vermittlerrolle dadurch aufrecht zu erhalten, daß sie konsequent dem Grundsatz folgen: „Jedes zu seiner Zeit“ gleichzeitig nach verschiedenen Richtungen hin Resultate sichern wollen, und dadurch in Gefahr kommen beide Zwecke zu verfehlen, die sie unzeitig und unpraktisch mit einander verbinden wollen. Der Grundsatz: „Das Eine zu thun und das Andere nicht zu unterlassen“ ist gut, wenn und so weit er praktisch ausführbar ist, nicht unter allen Verhältnissen ist er aber durchführbar, sondern es gilt zwischen dem „Entweder — oder“ zu wählen. Die bewährtesten Publizisten und Freunde freier Entwicklung, wie Ludwig Bamberg, Arn. Ruge, v. Treitschke und viele andere Autoritäten haben mit berechneten Worten ihre politischen Freunde gemahnt, erst das Eine ganz zu thun und dann das Andere mit Selbstvertrauen zu erstreben, haben vor dem halben unkonsequenten Handeln gewarnt, aber die Angst den Nimbus des freisinnigen Politikers zu verlieren und das Anklammern an den toten Buchstaben verhindert zu oft den namhaften Entschluß zur That ohne die lähmende Verklammerung. Selbst Oppenheim, den man gewiß nicht übermäßiger Neigung zur Regierungs-Partei beschuldigen kann, sagt sehr treffend im neuesten Flugblatt: „daß das Mädeln an den Formen ungerechtfertigt sei, der Werth des Parlamentes hinge von dem politischen Werth der Mitglieder und des Volkes nicht von den äußeren Formen ab.“ Immer ist es beim Deutschen das doktrinaire Bedenken, welches am entschlossenen Handeln hindert, und darüber den günstigen Augenblick verläßt.

□ **Berlin**, 22. Januar. Der Prinz und die Prinzessin Ludwig von Hessen sind am Sonntag Abends 9¾ Uhr von Darmstadt hier eingetroffen und im kronprinzlichen Palais abgestiegen. Bei der Ankunft auf dem Bahnhofe waren zum Empfang anwesend H. H. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin, der Prinz-Admiral Alalbert, der englische Botschafter Lord Loftus, der hessische Gesandte Hoffmann &c. Im Laufe des gestrigen Tages statteten die hohen Gäste den Majestäten und den Mitgliedern der königlichen Familie Besuche ab. Vormittags verweilten dieselben mit den kronprinzlichen Herrschaften in Potsdam. Heute hält der Kronprinz mit den Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen und anderen Herrschaften in der Spandauer Forst eine Jagd ab. — Die Frau Kronprinzessin und die Frau Prinzessin Ludwig werden sich Mittags nach dem Jagdrevier begeben.

— Dergleichen mit größter Mühseligkeit in dem Prägen der Ehrenzeichen für die im letzten Feldzuge Decorirten vorgegangen wird, so ist namentlich der größere Theil der Landwehr noch nicht im Besitz derselben. Es war nicht möglich, die große Zahl derselben bis zum Ordensfeste fertig zu bringen.

— Wie die „E. St. A.“ aus zuverlässiger Quelle mittheilt, hat das liberale Central-Wahlcomité so eben beschlossen, den liberalen Abgeordneten Preußens zum norddeutschen Parlament Diäten und Reisekosten zu garantiren und zu zahlen. Maßgebend ist dabei die Erfahrung gewesen, daß bei der im Herrenhause herrschenden Stimmung dort der auf Antrag des Abgeordneten Dr. Paup vom Abgeordnetenbause beschlossene Gesetzentwurf keine Aussicht auf Annahme hat, mithin in anderer Weise vorgehen werden muß, wenn nicht das Wahlrecht durch die Ausschließung aller weniger wohlhabenden Kandidaten wesentlich und zum Nachtheil der Wirksamkeit des Parlaments beschränkt werden solle. Das Central-Wahlcomité ist überzeugt, daß die liberale Partei Preußens seinen Beschluß billigen und dessen Durchführung kräftig fördern wird.

— Die mecklenburgische Handelsmarine zählt gegenwärtig 447 Schiffe mit 54,039 Last gegen 426 mit 51,335 Last im vorigen Jahre.

— Auch das K. sächsische Kriegsministerium hat kürzlich dem Krupp'schen Etablissement zu Essen die Lieferung von 100 Gussstahl-Geschützen übertragen, die Konstruktion ganz übereinstimmend mit den Vorschriften der preussischen Artillerie. (Wie die belgische

Zeitung „L'Etoile Belge“ in Nr. 359 und 360 vom 25. Dezember 1866 in Folge des Besuchs, welchen Sr. K. Hoh. der Graf von Blandern dem Krupp'schen Etablissement erstattet hatte, mittheilt, ist dieses Werk augenblicklich mit der Fabrikation von nicht weniger als 2370 Gussstahl-Kanonen für die verschiedensten Regierungen, besonders auch für die Königl. preussische und Kaiserl. russische beschäftigt. Die leichtesten Feldgeschütze, sowie die schwersten Kaliber für Marine und Forts figuriren unter der genannten Zahl, welche zusammen den Kostenwerth von 3½ Millionen Thalern repräsentiren. Das größte dieser Geschütze, ein Tausendpfünder, aus Gussstahl, dessen Eisengewicht ungefähr 1000 Centner — so viel wie 200 Vierpfünder zusammen — ausmacht, wird zur Pariser Ausstellung geschickt werden, sofern, wie zu erwarten steht, ein Platz außerhalb des Ausstellungsraumes dafür eingeräumt wird. Die Bewegung und Placirung einer so gewaltigen Gewichtsmasse im Ausstellungs-Gebäude dürfte nämlich eine Unmöglichkeit sein, namentlich weil das Geschütz, an welchem jetzt schon 14 Monate Tag und Nacht gearbeitet worden ist, erst spät zur Absendung gelangen kann. Dieses Monstre-Geschütz allein nebst Lafette und Traversen kostet 130,000 Thlr.)

□ **Berlin**, 21. Januar. Während im deutschen Süden bei Baiern, Baden und Hessen sich die Idee des Anschlusses an Preußen mehr und mehr Bahn gebrochen hat, und demnach die Aussicht vorhanden ist, noch vor dem Ausbruch eines etwaigen Sturmes das offene Thor zu schließen, welches durch die bisherige Haltung der süddeutschen Staaten dem fremden Einflusse wie einem etwaigen Angriff Frankreichs in Deutschland gebildet wurde, macht nur Württemberg von dieser Annahme noch eine Ausnahme. In all den genannten deutschen Staaten sind für die künftige Organisation ihrer Wehrkräfte bereits die Grundzüge für die neue Gestaltung der norddeutschen Waffenmacht als maßgebend anerkannt worden, der von der württembergischen Regierung für den nächsten Zusammentritt der württembergischen Landesvertretung vorbereitete Entwurf zur neuen Organisation der württembergischen Streitkräfte beruht dagegen auf gerade entgegengesetzten Prinzipien und trifft so wesentlich als immer möglich mit jenen norddeutschen Bestrebungen in keinem Punkte zusammen. Ebenso kann die in Württemberg neu angeschürte Bewegung für die deutsche Reichsverfassung von 1849 wohl nur im antipreussischen und antinorddeutschen Sinne gedeutet werden. Außerdem ruht auf Herrn v. Varnbühler, dem großen württembergischen Staatslenker, ja eben der Verdacht, im vorigen Jahre offen den Anschluß lieber an Frankreich als an Preußen empfohlen zu haben. Die Macht dieses deutschen Staates entspricht jedoch glücklicherweise nicht seinem bösen Willen, und wenn Württemberg durchaus die früher auch von Hannover verfolgten Bahnen wandeln will, so wird das Resultat davon bei einer neuen Entwicklung trotz der nahen verwandtschaftlichen Beziehung des württembergischen zu dem russischen Hofe schwerlich ein anderes sein, als es diesen letzten Staat betroffen hat. Wirst man einen Blick auf die Kriegsmittel der verschiedenen Staaten, so zeigt sich, daß sich nur Rußland auf den etwaigen Eintritt einer neuen Katastrophe vorbereitet hat. Ganz in der Stille hat dieser Staat durch eine neue, der preussischen nachgebildete Organisation seiner Wehrkräfte und durch seine inneren Reformen sich in die Lage versetzt, diesmal thatsächlich mit 300,000 bis 400,000 Mann, gegen welchen Gegner es sei, den ersten Schlag führen zu können. Frankreich dagegen hat diese Vorbereitung versäumt. Oesterreich und England befinden sich vollends auf einen Krieg im großen Styl gar nicht vorbereitet, und die Türkei zählt einfach nicht. Italien ist schon besser vorgehen, zum Besten und Rußland vollkommen ebenbürtig, ja im Punkte der Bewaffnung noch überlegen, ist dies allein jedoch nur Preußen. Die Vorsicht, sagt die „Vos. Z.“, mit welcher Preußen gleich nach Beendigung des letzten Krieges zu einer den Umständen nach allen Richtungen entsprechenden Erweiterung seiner Armee geschritten ist, verpflichtet jetzt die besten Früchte zu tragen. Wenn Preußen thatsächlich im letzten Kriege mit mehr als 300,000 Mann aktiv ausgetreten ist, so ermöglicht es ihm seine Vorbereitungen diesmal, auf den ersten Wurf 400,000 Mann in die Waagschale der Entscheidung zu werfen und dahinter in zweiter Reihe doch noch 300,000 Mann zu einer augenblicklichen Verwendung bereiter Truppen zur Verfügung zu besitzen.

— Nach einer Zusammenstellung der unter den preussischen Fahnen im Jahre 1867 stehenden Truppen beträgt die Zahl der Mannschaften 237,306, wovon 23,442 der Garde und 213,864 der Linie angehören. Nicht mit eingerechnet in diese Zahl sind die Offiziere, Ärzte und Verwaltungsbeamte, sowie die Stammmannschaften der Landwehr-, Infanterie- und Kavallerie-Regimenter. Die Einteilung der Garde ist gegen die vorhergehenden Jahre unverändert geblieben. Die Linientruppen dagegen zählen nach der neuen Armeearganisation: 88 Infanterie-Regimenter à 1614 = 142,032 Mann; 11 Jägerbataillone à 534 = 5874 Mann; 8 Kürassier-Regimenter à 590 = 4720 Mann; 16 Dragoner-Regimenter à 590 = 9440 Mann; 16 Husaren-Regimenter à 590 = 9440 Mann; 16 Ulanen-Regimenter à 590 = 9440 Mann; 11 Feldartillerie-Regimenter à 1647 = 18,117 Mann; 68 Festungsartillerie-Kompagnien à 100 = 6800 Mann; 3 Feuerwerks-Kompagnien mit zusammen 426 Mann; 11 Pionier-Bataillone à 503 = 5533 Mann und 11 Train-Bataillone à 185 = 2035 Mann. Nach der Armeearganisation von 1860 belief sich das stehende Heer damals auf 195,985 Mann. Es ist somit jetzt eine Verstärkung von 41,321 Mann eingetreten.

□ **Vosen**, 18. Januar. Der Domberr Richter am hiesigen Dom, der als Deutscher der polnischen Agitationspartei schon längst ein Dorn im Auge war und vielfache Anfeindungen und Verfolgungen derselben zu erdulden hatte, ist jetzt auf seinen Wunsch in gleicher Eigenschaft an den Dom zu Trier versetzt worden. Der

selbe war schon seit 5 Jahren zur hiesigen Dompropsteistelle von der königlichen Regierung präsentirt; es war aber der Bemühung der polnischen Agitationspartei gelungen, seine Befähigung seitens der geistlichen Ober-Behörden zu hintertreiben. — Eine andere Veretzung, die ich Ihnen zu melden habe, ist die des hiesigen Ober-Regierungsraths v. Selzer, der in gleicher Eigenschaft an die königliche Regierung zu Bromberg berufen ist. Herr v. Selzer hat sich hier bewiesen als ein Mann von umfassendem Wissen, energischem und doch humanem Charakter und erprobter Treue für König und Vaterland und hinterläßt hier in allen Kreisen das beste Andenken.

□ **Darmstadt**, 18. Januar. Dem Berichte des zweiten Ausschusses der zweiten Kammer über den hessisch-preussischen Friedens-Vertrag, erstattet von dem Abg. Hallwachs, entnehmen wir folgende Stelle:

„Der Friedensvertrag hat für uns eine doppelt ernste Bedeutung. Es ergibt sich aus ihm, daß nicht allein die bisher bestandene Form der Einigung Deutschlands zerbrochen, Oesterreich aus dem deutschen Bund ausgeschieden und Süddeutschland von dem Norden getrennt ist — sondern es ist durch die alleinige Aufnahme der nördlich des Maines gelegenen hessischen Gebietstheile in den norddeutschen Bund eine Grenzlinie mitten durch das Großherzogthum gezogen. Daß dieselbe nicht zur bleibenden Trennungslinie werde, darauf haben wir unser eifrigstes Bestreben zu richten. Wir können das hierdurch gegebene Ziel aber nur erreichen, wenn wir, soweit irgend thunlich, alles fördern, was thatsächlich den verfassungsmäßigen einheitlichen Zusammenhang zwischen den zum norddeutschen Bunde gehörigen Gebietstheilen und den beiden zur Zeit außerhalb dieses Bundes befindlichen Provinzen zu erhalten vermag, allem dagegen entgegentreten, was jenen Zusammenhang zu gefährden im Stande ist. So werden wir die Trennung zwischen Nord und Süd im engeren Vaterland praktisch überwinden und damit zugleich die Brücke schaffen, auf welcher Nord- und Süddeutschland ihre Wiedervereinigung finden. Der enge Anschluß an Preußen und den norddeutschen Bund zur thätigen Förderung dieser Wiedervereinigung, zur Sicherung der Integrität des gemeinsamen Vaterlandes gegen jeden Angriff eines äußeren Feindes ergibt sich damit für uns von doppeltem Gesichtspunkt aus als eine unabwendbare Nothwendigkeit, die auch von solchen anerkannt werden muß, welche bis dahin die nationale Neugestaltung Deutschlands unter einer andern Form erstrebt haben. Mit größter Befriedigung hat der Ausschuss aus der Allerhöchsten Proklamation vom 17. September v. J., sowie aus der Eröffnungsrede zu dem gegenwärtigen Landtag entnehmen dürfen, daß er sich in dieser wichtigsten nationalen Frage mit den Ansichten Sr. Königl. Hoh. des Großherzogs und des Großherzoglichen Ministeriums im Einklang befindet. Wir sind in der glücklichen Lage, dem eifrigen Wunsche Sr. Kön. Hoh. des Großherzogs entgegenzukommen, wenn wir, unter Wahrung unserer verfassungsmäßigen Selbstständigkeit in inneren Fragen, soweit dies an uns ist, dazu beitragen, daß die Ausdehnung des Bundes, welcher dormalen den Norden Deutschlands umfaßt, auf das ganze große Vaterland ermöglicht werde. Wie schwer daher auch die gegenwärtige traurige Zerrissenheit Deutschlands von Allen empfunden wird, so besteht doch für uns die tröstliche Gewißheit, daß Hürd und Volk unseres Landes in dem ersten Streben, das durch die Kriegereignisse des vorigen Sommers gelockerte nationale Band zwischen Nord- und Süddeutschland wieder so fest als möglich zu knüpfen, einmüthig sind. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Norden Deutschlands uns hierbei in verhältnißmäßigem Geiste entgegenkommen und zur Förderung einer aufrichtigen Verständigung das Seine beitragen werde. Von dieser Hoffnung getragen, erfüllt von dem heißen Wunsche, daß die schweren Opfer, welche der Friedensvertrag uns auferlegt hat, dem gesammten Vaterland zum Heil gereichen möchten, beantragen wir: dem zwischen Sr. Königl. Hoh. dem Großherzog und Sr. Maj. dem König von Preußen unterm 3. September v. J. abgeschlossenen Friedensvertrag, soweit erforderlich, die nachträgliche ständische Zustimmung zu ertheilen.“

□ **München**, 18. Januar. Der Petitionsausschuss der Kammer der Abgeordneten hat verschiedene Anträge der Kammermitglieder geprüft und dieselben als formell und materiell zulässig erklärt, so namentlich den Antrag des Abg. Krämer und 12 weiterer Abgeordneten: „Hohe Kammer wolle beschließen: Es sei an Sr. Majestät den König die Bitte zu richten, es wolle dem Landtag ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der 1) den Mitgliedern der von der Staatsregierung nicht ausdrücklich anerkannten Religionsgesellschaften die gemeinsame Religionsübung und die Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten im Sinne der II. Verfassungsbeilage §§. 33, 34, 38 gewährleistet; 2) die Ungleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte, soweit sie zur Zeit noch durch das Glaubensbekenntniß bedingt ist, aufhebt; 3) allen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses die Eingehung einer rechtsgültigen Ehe ermöglicht.“

□ **Brüssel**, 18. Januar. In der heutigen Kammer-Sitzung wurde die Verbeibaltung der Todesstrafe im neuen Strafcode mit 55 gegen 43 Stimmen beschlossen. Der Justizminister behauptete, daß die gebildeten Klassen einstimmig gegen die Todesstrafe seien und die Gesetzgebung müsse nicht dem Drucke der Massen folgen, sondern voran gehen. Das Recht der Gesellschaft, zu strafen, sagt der Redner, hört da auf, wo die Sicherheit derselben nicht mehr gefährdet ist, und daß diese Sicherheit die Todesstrafe erfordert, ist noch nirgend bewiesen worden. Diese Strafe selbst demoralisirt, die verhärteten Verbrecher finden eine Art von Ruhm auf dem Schaffotte, das Publikum betrachtet die Hinrichtungen wie ein Schauspiel, unter den Zuschauern glauben immer einige an die

Unschuld, andere an die Reue des Verbrechers, alles Gefühl empört sich gegen die Strafe. Man hat Irthum für unmöglich erklärt; der Redner citirt drei Fälle mit Namen, die in Belgien vorgekommen sind. Der Minister will durchaus nicht behaupten, daß die Statistik beweise, die Abschaffung der Todesstrafe habe eine Abnahme der Verbrechen zur Folge, aber sie beweise auch nicht das Gegenteil. Auch die Abschreckungstheorie sei nicht haltbar, die vollzogenen Hinrichtungen hätten seiner Zeit kein einziges Mitglied der schwarzen Bande von dieser Verbindung abwendig gemacht; der Vater des Dumollard und der Onkel des Kondurier seien unter der Guillotine gestorben. Man hat auf die Anwendung der mildernden Umstände hingewiesen und auf das Recht der Gnade, aber das Recht der Begnadigung darf nicht mißbraucht werden und eben so wenig die mildernden Umstände, sonst würde man solche Scandale erleben, wie sie kürzlich in Frankreich vorgekommen sind, wo ein Martin Reaux, eines frechen Giftmordes überwiegen, die Wohlthat der mildernden Umstände genoß. Das sei nicht der Weg, um bei dem Volke die Achtung vor der Gerechtigkeit zu stärken. Die Rede des Ministers fand Beifall, mehr aber noch die Gegenrede des Herrn Tesch, welcher geltend machte, daß lebenslange Zwangsarbeit, welche man an Stelle der Todesstrafe setzen wolle, nicht spreche, da sie dem Verbrecher eine bekannte Zukunft vor Augen stelle; das Schreckende der Todesstrafe sei nicht das Schöffot und nicht der Henker, auch nicht einmal der Tod, es sei der Anfang der Ewigkeit mit ihren schrecklichen Problemen. — Von den Ministern votirten die Herren Vanderschellen und Vandepereboom für die Todesstrafe, die Herren Rogier, Frère und Bara dagegen.

Paris, 21. Januar. Der heutige „Moniteur“ enthält die folgende Notiz: Die Regierung hat das lebhafteste Verlangen, der Beurtheilung der großen Staatskörperlichkeiten die Motive zu unterbreiten, welche ihre Haltung in der auswärtigen Politik bestimmt haben. Die Aufhebung der Adressdebatten wird diese Erklärungen nicht verzögern; denn die Regierung ist entschlossen, schon im Beginn der Session Interpellationen über die auswärtigen Angelegenheiten anzunehmen.

Paris, 20. Januar. Nachdem das Journal „La France“ bereits am Freitag Andeutungen gegeben, ist am Sonntag in Paris das Geschehen, was Napoleon III. die „Kronung des Gebäudes“ genannt hat, d. h. die Verfassung des Kaiserreichs hat ihre organische Vollendung erhalten. Diese Krönung wird nun schwerlich im Sinne der Liberalen sein, obgleich sie den Kammern das Recht der Interpellation giebt, die Presseproteste vor die Gerichte weist und die Regelung des Vereinsrechtes zusagt. Die Liberalen hatten sich nämlich von dieser Krönung Wunderdinge versprochen, sehr viel darüber gefaselt und noch mehr gefaselt, und es fragt sich, ob die Abschaffung der Adress-Diskussion, welche gleichzeitig verfügt wird, den eigentlichen Parlamentarismus nicht die ganze Krönung verleidet hat, denn die Adress-Diskussion war stets der „fette Bissen“ dieser guten Leute. Der theilweise Ministerwechsel, der sich bei dieser Gelegenheit vollzogen, ist kein prinzipieller; er hat also keine politische Bedeutung, er lag in den neuen Verhältnissen begründet; da aber von nun ab jeder Minister sein Portefeuille selbst gegen die Angriffe der Interpellanten verteidigen soll, so sind die beiderseitigen „Sprech-Minister“ überflüssig.

Madrid, 14. Januar. Zwischen der Camarilla und dem Ministerrath und zwischen den Mitgliedern des letzteren selbst scheinen mancherlei starke Differenzen zu bestehen. Vielleicht bedarf es nur eines kleinen Anstoßes, um einen Bruch herbeizuführen. — Heute sind wieder 11 Deputirte ins Exil geschickt, jedoch nur nach spanischen Provinzialstädten. Bekanntlich sollen alle Diejenigen, welche die Protestadresse unterzeichnet haben, später vor ein Kriegsgericht gestellt werden, doch ist es fraglich, ob diese Drohung ausgeführt wird. Gegen Rios Rosas, den Präsidenten der Deputirtenkammer, hat man sich zu einer Milderung bereit finden lassen. Derselbe sollte Anfangs nach dem spanischen Amerika deportirt werden, auf die Vorstellung seines Arztes soll er jedoch mit der Haft auf den kanarischen Inseln davon kommen. Das Schiff, das ihn, sowie die Deputirten Herrera, Fernandez de la Hoz und Roberts dahin bringen sollte, war schon abgegangen, mußte aber nach mehrtägigem Kreuzen des ungünstigen Wetters wegen wieder in Cadix einlaufen. Das beste Loos unter den verhafteten und deportirten Deputirten scheint Herr Salaverria (mehrere Jahre Finanzminister) gehabt zu haben. Er ist nach den Balearen geschickt und der dortige Generalkapitän hat ihm, statt in der Citadelle, in seinem eigenen Hotel eine Wohnung angewiesen. Dagegen müssen die Deputirten Saavedra und Lopez Dominguez ihre Theilnahme an dem Protest mit Gefängniß in der Citadelle von Melilla an der afrikanischen Küste büßen.

Türkei. Das zwischen Frankreich und Rußland getroffene Arrangement zur Wiederherstellung der großen Kuppel des heiligen Grabes zu Jerusalem ist von der türkischen Regierung bestätigt worden. Wie dem französischen „Moniteur“ aus Konstantinopel, 1. Januar, geschrieben wird, hat der Sultan sein Oberhoheitsrecht geltend gemacht und als Oberherr mehrerer Millionen christlicher Unterthanen will er die Baukosten mit tragen und hat den Gouverneur von Jerusalem angewiesen, den Arbeiten in jeder Weise förderlich zu sein, das aus fremden Ländern in Jassa ankommende Material nach Jerusalem zu schaffen und auch im Lande für die nöthigen Steine zu sorgen. Ferner hat die Pforte Befehl gegeben, daß gewisse, zu einer benachbarten Moschee gehörige Baualtheiten, die einen Theil der das heilige Grab beherrschenden Terrassen bedecken, niedrigergerissen werden, damit der Tambour der großen Kuppel ganz frei dastehe. Im ganzen Orient ist hierüber große Freude. Die Kuppel des heiligen Grabes war in der That so kausfällig geworden, daß schon betende Pilger durch herabstürzende Steine verwundet wurden. Es wird jetzt im Innern ein Nothdach gespannt, über welchem der Neubau vor sich gehen soll, ohne daß der Gottesdienst unterbrochen zu werden braucht.

Pommern.

Stettin, 22. Januar. Dem Vernehmen nach ist man bereits vollaus mit den umfassenden Vorarbeiten für die neue Eintheilung der hiesigen Polizei-Reviere beschäftigt. Dieselbe wird voraussichtlich spätestens mit dem 1. April d. J. ins Leben treten.

— Wir erfahren, daß der Geschäftsbetrieb der hier seit einiger Zeit bestehenden Hoffschlächtereien immer mehr an Ausdehnung gewinnt, was allerdings bei der großen Akkuratess und Sauberkeit,

welche in jenen Schlächtereien herrscht, in Verbindung mit den hohen Preisen anderen Fleisches, die es dem armen Manne kaum möglich machen, dasselbe zu bezahlen, leicht erklärlich ist, wenn auch in vielen Kreisen das Vorurtheil gegen den Genuß von Pferdefleisch noch lange fortbestehen wird.

— Heute Früh um 5 1/2 Uhr brannte in dem Hause schwarzer Gang No. 1 ein russisches Rohr aus, wodurch die Feuerwehre alarmirt wurde, die indessen nicht mehr in Thätigkeit kam.

— Vor mehreren Tagen brach der achtjährige Sohn eines hiesigen Tischlers auf dem mürbren Eise des sogenannten Festungsbahns in der Nähe der Eisenbahn ein und waren nur noch die Füße desselben über dem Eise sichtbar. Der zufällig die Brücke jenes Hafens passirende Böttcherlehrling Blandenburg sprang trotz der ihm von dem umstehenden Publikum zu Theil werdenden Warnung über das Geländer der Brücke aufs Eis und gelang es ihm auch mit eigener Gefahr den verunglückten Knaben vom Tode des Ertrinkens zu retten.

— In diesem Jahre fällt bekanntlich das Osterfest sehr spät, nämlich auf den 21. April, wodurch der Beginn des Sommersemesters an den höheren Schulanstalten in Frage kam. Höheren Orts ist nun entschieden worden, daß diesmal der Winterunterricht in denselben bis zum 13. April ununterbrochen währen soll, an welchem Tage die Osterferien beginnen und bis zum 29. April währen. Erst dann beginnt das Sommer-Semester. Die vierwöchentlichen Sommerferien nehmen den 6. Juli ihren Anfang und dauern bis zum 5. August.

— Der am 16. d. M. vom Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurtheilte Arbeiter Karl Lehmann aus Ruffow hat jetzt jenen Mord eingestanden.

— Wie das „Frbll.“ hört, dürfte der gegenwärtige Vice-Präsident der Regierung zu Magdeburg v. Schwarzhoff für die Stelle des von Köslin nach Erfurt versetzten Regierungs-Präsidenten v. Kopsch bestimmt sein. Derselbe ist lange als Ober-Regierungsrath in Köslin gewesen und daher mit allen dortigen Verhältnissen genau vertraut.

Garz a. O., 20. Januar. Gestern Nachmittag verunglückten auf dem Kränigstrome zwei 11jährige Knaben von hier bei der Rückkehr vom Dorfe Marwitz, wohin sie sich ohne Wissen ihrer Eltern begeben hatten. Dieser Arm der Oder ist reich an warmen Stellen und daher das Beschreiten der Eisdecke auf demselben außerhalb der betretenen Bahnen stets gefährlich. Das Auffinden der Mäße des einen Knaben leitete auf die Vermuthung, daß sie verunglückt, und sind die Leichen auch bereits gefunden.

Aus Falkenburg, 20. Januar. schreibt man der „D.-Ztg.“: In Linden verstarb am 14. d. Mts. der Einleiger Karl Bork in Folge eines Schädelbruchs. Es verbreitete sich hier das Gerücht, daß ihn sein eigener Sohn erschlagen habe. Beide wohnen seit Michaeli v. J. zusammen. Der Vater, dem Trunke sehr ergeben, soll während der letzten drei Wochen nur an einem Tage nüchtern und in diesem Zustande sehr freitüchtig gewesen sein. Der Sohn genießt dagegen durch seine völlige Unbescholtenheit, sein große Arbeitliebe und ruhige Besonnenheit die Achtung der Dorfgemeinde in hohem Grade. An dem Unglückstage saß der Vater stark angetrunken im Krug. Sein Sohn, um nach ihm zu sehen, folgte ihm am Abend. Kaum wurde er des Sohnes ansichtig, als er ihn mit den schmächtigsten Schimpfreden überhäufte, worüber dieser endlich die Geduld verlor und dem Vater drei Ohrfeigen gab. Spät Abends lodte eine außergewöhnliche Bewegung die übrigen Hausgenossen, welche nebenan in demselben Hause wohnten vor die Thür, wo sie den alten Bork auf hartem Frost liegend voranden. Bessinnungslos ins Bett gebracht, verschied derselbe nach ungefähr 14 Stunden. Das nach der Obduktion abgehene ärztliche Gutachten lautet dahin, daß die Verletzung des Schädels durch Gewalt herbeigeführt worden sei. Ob dies durch einen starken Fall auf die hart gefrorene Erde bewirkt worden oder ob der Sohn, wie das Gerücht verlautet, seine Hand dabei im Spiele gehabt, wird hoffentlich die nähere gerichtliche Untersuchung feststellen.

Stadt-Theater.

* Ein reiches Füllhorn von theatralischen Genüssen schüttet in der That die diesmalige Saison über uns aus; wir eilen von Gastspiel zu Gastspiel; ein Stern erster Größe nach dem andern zieht über unsern Himmel, und nicht genug anzuerkennen ist der Eifer, mit welchem die Direktion den so oft verödeten Hallen der Kunst ihre treulosen Verehrer wieder zuzuführen sucht. In der That möchte man fast glauben, es bedürfe besonderer Zugmittel, um unser kunstliebendes Publikum zu dem Entschluß zu bewegen, einmal einige Stunden der idealen Seite seines Ich's zu opfern.

— Doch, um zur Sache zu kommen, kaum hatten wir den nur zu schnell verklungenen Tönen Pauline Lucia's gelauscht, so erschien Frau Niemann-Seebach, die gestern mit „Adrienne Lecouvreur“ eine Reihe von Gastspielen eröffnete. — Eine Rolle, die der dramatischen Künstlerin Gelegenheit giebt, ihr Talent nach den verschiedensten Richtungen hin zu entfalten, die uns den ganzen Reichtum von Seelenzuständen, die aus dem Quell der Liebe fließen, vorführt, eine solche Rolle dürfte uns zu Erwartungen berechtigen, die denn auch in der That erfüllt wurden. Ob nicht an einzelnen Stellen ein wenig mehr Maß von größerer Wirkung gewesen wäre, darüber wollen wir mit der Künstlerin nicht rechten; haben wir doch zu konstatiren, daß ihre Darstellung das zahlreich versammelte Publikum von Alt zu Alt mehr hinriß und den lebhaftesten Beifall erntete. Der Eindruck, den die ästhetischen Mängel des Stückes üben, welche noch dazu im letzten Akte kulminiren, blieb sichtlich hinter dem Gefühl der Bewunderung für die Leistungen des Gastes zurück. Den letzteren schloß sich unter den einheimischen Darstellern am würdigsten Herr Veltge (Regisseur Michonnet) an. Eine so lebenswahre Darstellung eines idealen, lebenswürdigen Charakters, wie sie uns hier zur Anschauung gebracht wurde, verdient die größte Anerkennung. — Auch Hr. Reinhardt repräsentirte den sozialen heiteren Abbé mit ungezwungenem Wesen in vorzüglicher Weise. — Fr. Märten's brachte die Herzogin von Alumont in anmüthiger und gelungenen Weise zur Geltung; Fr. Walden (Prinzessin) war oft schwer verständlich, doch im Uebrigen wohl auf ihrem Plage. — Wenn wir nun schließlich noch von dem nichts weniger als tadellosen Ensemble absehen, so darf die Vorstellung im Ganzen als eine wohl gelungene bezeichnet werden, und der lebhafteste Beifall, mit dem neben Frau Seebach nament-

lich auch Hr. Veltge ausgezeichnet wurde, bekundete dies auch am Schluß.

Verneinliches.

Danzig, 19. Januar. Mit den russischen Zollpapieren ist der K. Ostbahn vor einigen Tagen eine Unannehmlichkeit passiert. Bei dem Ablassen eines Güterzuges nach Polen wurde es in Folge eines Verfehlers, daß übrigens bei dem gegenwärtigen Andränge einschuldbar ist, unterlassen, die nöthigen Zollpapiere mitzugeben, und da dieselben auch nicht gleich nachgeschickt wurden, so nahmen die Zollbeamten in Alexandrowo, die nicht viel Rücksichten kennen, den ganzen Güterzug als Gegenstand einer vollbrachten Desraube in Beschlag, und hat die Direktion der Ostbahn eine Strafe von 2500 Thlrn. bezahlen müssen, um nur die Waaren wieder herauszubekommen. Wie man hört, ist wenig Aussicht, daß die russische Regierung das Geld wieder erstattet, da die Strafe bereits berechnet und zum Theil an die Beamten vertheilt ist.

— (Deutsche Tapferkeit in Südamerika.) Den Krieg zwischen Brasilien und Genossen mit Paraguay haben u. A. viele in ersterem Lande wohnende Deutsche auf brasilianischer Seite mitgemacht. Die „Deutsche Auswanderer-Zeitung“ enthält hierauf bezüglich Folgendes: Oberstlieutenant Rocha ist des Lobes voll über die todesverachtende Tapferkeit der Deutschen von St. Leopoldo vom 12. Korps; er sagt, sie hätten in allen Gefechten, an denen sie theilhaftig waren, die äußerste Bravour an den Tag gelegt; ohne des Kommando's zu achten, seien sie wie rasend auf den Feind losgestürzt, Alles vor sich niederwerfend. Unter den deutschen Offizieren, sagt Rocha, habe sich stets der Tenente Johann Kaumann von Campo Bom durch persönliche Tapferkeit ausgezeichnet.

Literarisches.

Der norddeutsche Bund und Süddeutschland vom christlich-germanischen Standpunkt eines Süddeutschen. Berlin 1867. S. 46. In begeisterter Weise tritt der Verfasser dieser Flugschrift für Preußen auf, das durch Oesterreich zum Kriege gezwungen, diesen so glücklich zu Ende geführt und in christlicher Demuth dem Herrn die Ehre gegeben. Das Buch ist vom christlichen Standpunkte aus geschrieben und enthält trotz seiner Kürze viel Lehrsreiches und Anregendes.

Neueste Nachrichten.

Prag, 21. Januar. Der wegen des vermeintlichen Attentats auf den Kaiser inhaftirt gewesene Schneidergeselle Pust ist der Haft entlassen und die Untersuchung eingestellt.

Paris, 21. Januar, Abends. Die Regierung bereitet einen Senats-Konkult vor, der dem Senat Attribute in Uebereinstimmung mit dem Reformplan zurtheilt und demselben zugestimmt, in weiterer Ausdehnung an der legislativischen Thätigkeit Theil zu nehmen. — Dem „Standard“ zufolge hebt ein Dekret vom 16. d. die dem Marschall Bazaine als Chef-Kommandanten des Expeditions-Korps in Mexiko ertheilten außerordentlichen Vollmachten auf.

Florenz, 21. Januar. Die „Rajione“ bestätigt das in der Angelegenheit des „Principe Tommaso“ getroffene Arrangement. Die Türkei bewilligt dem Eigentümer des Dampfschiffes Ersatz des verursachten Schadens. Ein Schiedsrichter werde die Höhe der Summe bestimmen.

Ancona, 20. Januar. Aus Beyrut vom 3. d. eingetroffene Briefe berichten, daß Joseph Karam nach einem neuen Kampfe mit Ornod'armen im Libanon 300 Männer vereinigt und in verschiedenen Ortschaften die Regierungsbeamten festgenommen habe.

Bukarest, 21. Januar. Fürst Karl wird seine Reise nach der Moldau am 27. d. antreten. Der oberste Gerichtshof wird nach Jassy verlegt.

Viehmärkte.

Berlin. Am 21. Januar e. wurden an Schlachtvieh auf hiesigem Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1412 Stück. Der Handel wurde durch den Verkauf von ca. 400 Stück nach dem Auslande ziemlich belebt, doch war der Schluß des Marktes ziemlich flau, denn beste Qualität konnte nur den Preis von 16—17 Thlr., mittlere 13—15, ordinäre 9—11 Thlr. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen, und konnten selbst die Bestände nicht aufgeräumt werden.

An Schweinen 3568 Stück, welche Zutritten im Verhältniß zum Konsum, indem keine Exportgeschäfte ausgeführt wurden, viel zu stark waren, die beste Qualität konnte nur 16—17 Thlr. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen, und blieben bedeutende Bestände unverkauft.

An Schafvieh 3602 Stück. Das Geschäft war sehr flau, selbst beste Waare galt mindestens pro Kopf 1/2 Thlr. weniger als vorige Woche, und blieben ebenfalls mehrere Bestände unverkauft.

An Kälbern 783 Stück, welche nur zu gedrückten Preisen bei flauem Verlehr aufgeräumt werden konnten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 22. Januar. Witterung: bewölkt. Temperatur — 3° R. Wind: SW.

Weizen höher bezahlt, loco pr. 85 Pfd. gelber 77—88 1/2 R. bez., scharf. Konnoiff. 83 R. bez., Frühjahr 86, 86 1/2 R. bez., 86 1/2 R. Bd., Mai-Juni 87 R. Br., Juni-Juli 87 1/2 R. Bd.

Roggen fest und höher, pr. 2000 Pfd. loco 55—56 1/2 R. bez., Januar-Februar 55 R. Br., 54 1/4 R. Bd., Frühjahr 54 3/4, 1/8, 1/2 R. bez., u. Bd., 55 R. Br., Mai-Juni 55 R. Br. u. Bd., Juni-Juli 55 1/2 R. bez.

Gerste loco pr. 70 Pfd. 49—51 R. bez., 69—70 Pfd. Frühjahr 51 R. Br., 50 1/2 R. Bd.

Hafers loco pr. 50 Pfd. 29—30 1/2 R. bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 31 1/2 R. Br.

Erbsen loco Futter, 53—56 R. bez., Koch- 57—59 R. bez., Frühjahr Futter- 57 1/2 R. bez., u. Bd.

Rübsol matt, loco 11 1/4 R. Br., Januar-Februar 11 3/4 R. bez., u. Br., April-Mai 12 R. Br. (gestern Abend 12 1/4 R. bez.), Septbr.-Oktober 12 1/2 R. Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 16 1/2, 1/2 R. bez., Januar-Februar 16 1/2 R. bez., 1/2 R. Br. (ohne Faß 16 1/4, 1/2 R. bez.), Februar-März 16 1/2 R. Br., Frühjahr 16 1/2, 1/8 R. bez., Mai-Juni 17 1/8 R. Br.

Hamburg, 21. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco fest behauptet, ab auswärts etwas lebhafter, auf Termine fest. Pr. Januar-Februar 5400 Pfd. netto 155 1/2 Bankothaler Br., 154 1/2 Bd., pr. Frühjahr 154 Br., 153 Bd. Roggen loco matt, ab auswärts und Termine fest. Pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 93 Br., 91 Bd., pr. Frühjahr 92 Br., 90 Bd. Del loco 25 1/2, pr. Mai 26 1/2—26 3/4, pr. Oktober 26 1/8, flau. Kaffee und Zink stille.

Amsterdam, 21. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine etwas flauer. Rapps pr. April 72 1/2, pr. Oktober —. Rübsol pr. Mai 40 1/8, pr. Oktober-Dezember 41 1/2.

London, 21. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer und fremder Weizen nominell, des Frostes wegen nur Detailgeschäft. Frühjahrsgetreide fest und unverändert. — Schönes Wetter.